

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/1009/2006/2

Auskunft erteilt:

Herr Bertling / Herr Möller

Ruf:

492 - 70 43 / - 70 22

E-Mail:

Bertling@stadt-muenster.de

Datum:

08.12.2006

Betrifft

Vergabeverfahren für ein PPP-Modell zur Sanierung und Weiterentwicklung der städt.
Bäderlandschaft

Beratungsfolge

12.12.2006 Sportausschuss
13.12.2006 Hauptausschuss
13.12.2006 Rat

Vorberatung
Vorberatung
Entscheidung

Beschlussvorschlag

Sachentscheidung

1. Das als Anlage beigefügte Ergebnis des Markterkundungsverfahrens wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Rat beschließt den Eintritt in ein zweistufiges Vergabeverfahren, bestehend aus einem Verhandlungsverfahren mit vorgelagertem Teilnahmewettbewerb zur Sanierung und Weiterentwicklung der Bäderlandschaft in Münster. Ziel ist die Einbeziehung privater Partner
 - über das sog. „FM-Modell II“ (Planung, Bau, Sanierung, Instandhaltung und Betrieb des Gebäudes und der technischen Anlagen beim Privaten sowie optional Finanzierung) für die Hallenbäder Hilstrup, Kinderhaus, Roxel und Wolbeck sowie für die Freibäder Hilstrup, Stapelskotten und DJK Coburg und
 - **über das sog. „FM-Modell II“ (Planung, Bau, Sanierung, Instandhaltung und Betrieb des Gebäudes und der technischen Anlagen beim Privaten sowie optional Finanzierung) für die Hallenbäder Mitte und Ost oder**
 - über das sog. „PPP-Full-Size-Modell“ (zusätzlich zum FM-Modell II auch der kaufmännische Betrieb beim Privaten sowie optional Finanzierung) für die Hallenbäder Mitte und Ost.
3. Der Rat beschließt, dass das Vergabeverfahren juristisch durch ein Beratungsunternehmen begleitet werden soll. Hierzu legt die Verwaltung dem Hauptausschuss mit der Vorlage Nr. V/1010/2006 einen Beschlussvorschlag vor.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Vergabeunterlagen einschließlich der Auswahlkriterien vorzubereiten, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen und gleichzeitig den voraussichtlichen Zeitplan für das Verhandlungsverfahren darzustellen.

5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass rechtzeitig vor Versand der Vergabeunterlagen die Grundzüge des PPP-Modells und spätestens vor Abschluss des Verhandlungsverfahrens mit den Finanzbehörden eine Klärung zur steuerlichen Beurteilung des Modells, gegebenenfalls im Wege eines Antrags auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft, herbeigeführt wird.
6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für die Hallenbäder Amelsbüren, Handorf und Süd sowie für die Freibäder Handorf und Nienberge, die mit Beschluss des Rates vom 07.12.2005 (vgl. Vorlage Nr. V/0844/2005) aus der städtischen Trägerschaft entlassen werden, bislang keine Initiative ein Betreiberinteresse geäußert hat.

Finanzierung

Für die Begleitung durch ein externes Beratungsunternehmen (vgl. Beschlusspunkt 3) werden im Haushaltsjahr 2007 im Teilergebnisplan der Produktgruppe 0802 „Bäder“, Zeile 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ 85.000 € bereitgestellt. Darüber hinaus werden bei der kameralen Haushaltsstelle 5700.655.0000.3 „Erstellung externes Bädergutachten“ im Jahr 2006 nicht benötigte Mittel von rund 50.000 Euro im Jahr 2007 wieder bereitgestellt werden, so dass insgesamt im Jahr 2007 über eine Summe von rund 135.000 Euro verfügt werden kann.

Begründung:

In seiner Sitzung vom 06.12.2006 hat der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften auf Basis eines Änderungsantrages der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion mehrheitlich den Beschluss gefasst, die Vorlage V/1009/1 im Hinblick auf den 2. Beschlusspunkt zu ändern.

Die Verwaltung greift mit dieser zweiten Ergänzungsvorlage die Änderung auf. Auf die Benennung der Lose (so wie es im Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zum Ausdruck kommt) hat die Verwaltung verzichtet. Wenn losweise ausgeschrieben würde, könnte die Situation entstehen, dass für die einzelnen Lose jeweils durch unterschiedliche Bieter das günstigste Angebot vorgelegt würde. Dann würden aber die Vertragsverhandlungen nicht mit einem Bieter unterschriftsreif zu Ende geführt, sondern möglicherweise mit mehreren. Zur Vermeidung zusätzlicher Schnittstellen und zur Ausschöpfung der Synergiemöglichkeiten empfiehlt die Verwaltung, den Vertragsabschluss nur mit einem privaten Partner anzustreben.

Gleichzeitig nimmt die Verwaltung ebenfalls im Beschlusspunkt 2 eine Präzisierung aufgrund der bisher in den vorberatenden Ausschüssen geführten Diskussionen auf: Ziel sollte es im Vergabeverfahren sein, den möglichen privaten Partner auch in die Finanzierung einzubinden. Deshalb ist sowohl beim FM-Modell II als auch beim PPP-Full-Size-Modell die (im Beschlussvorschlag unterstrichene) Ergänzung um eine optionale Finanzierung durch den möglichen privaten Partner aufgenommen worden.

I. V.

gez.
Dr. Hanke
Stadträtin

gez.
Bickeböller
Stadtkämmerin